



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Frau
Kathrin Vogler, MdB
Deutscher Bundestag
11011 Berlin

Postaustausch

Ursula Heinen-Esser
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT
Alexanderstraße 3
10178 Berlin

POSTANSCHRIFT
11055 Berlin

TEL +49 3018 305-2030
FAX +49 3018 305-2039

Buero.Ursula.Heinen@bmu.bund.de
www.bmu.de

Aktenzeichen: Kab.-Parl. Referat
Berlin, 4. Februar 2010

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre schriftlichen Fragen mit den Arbeitsnummern 01/371 und 01/372 vom 29. Januar 2010 (Eingang im Bundeskanzleramt am 29. Januar 2010):

Frage 1. (Arbeitsnummer 1/371).

Liegen Studien bzw. Studienergebnisse zu Krebs- und Leukämieerkrankungen sowie durch das Immunsystem vermittelten Erkrankungen von Kindern in der Region um die Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau, in der auf engstem Raum die UAA Gronau, das Atomkraftwerk (AKW) Lingen und das Brennelementezwischenlager in Ahaus betrieben werden, vor, und falls nicht ist die Bundesregierung bereit, eine solche Untersuchung bei einem unabhängigen Institut in Auftrag zu geben, ggf. in Zusammenarbeit mit der niederländischen Regierung?

Frage 2. (Arbeitsnummer 1/372).

Wie kann die Bundesregierung angesichts des erneuten Zwischenfalls in einer atomtechnischen Anlage die Verlängerung der AKW-Laufzeiten weiter betreiben, und warum zieht die Bundesregierung aus dem schweren Unfall nicht die nötige Konsequenz, den Atomausstieg eher zu beschleunigen als zu bremsen?

werden wie folgt beantwortet:





Seite 2 von 2

Antwort zu Frage 1.:

Es sind der Bundesregierung keine Studien zu Krebs- und Leukämieerkrankungen von Kindern in der Umgebung der UAA Gronau bekannt. Die Ergebnisse der ständigen Umgebungsüberwachung geben zurzeit für derartige Studien keinen Anlass.

Antwort zu Frage 2.:

Im Hinblick auf das Ereignis in der Urananreicherungsanlage Gronau am 21. Januar 2010 haben die Messungen am Kamin des Gebäudes, in dem sich die Behältervorbereitung befindet, gezeigt, dass im Zusammenhang mit dem Ereignis etwa ein Sechstel des genehmigten Wochenabgabegrenzwertes für diesen Kamin in die Umgebung abgegeben wurde. Die Bundesregierung sieht keinen Zusammenhang zwischen dem Ereignis in der Urananreicherungsanlage Gronau und der Laufzeit der Kernkraftwerke.

Mit freundlichen Grüßen